

Ab heute diskutiert der Grosse Rat den regierungsrätlichen Bericht über die Gemeinde- und Gebietsreform. Die Reform wird das zukünftige Aussehen des Kantons massgeblich prägen – offen ist, wie viele Regionen und Gemeinden übrig bleiben werden.

Vielstimmiges «Ja, aber» der Parteien

Die grösseren Bündner Parteien unterstützen die Vorschläge der Regierung zu einer Gemeinde- und Gebietsreform. Kritisiert werden allerdings das Reformtempo und die zögerliche Haltung der Regierung bezüglich Gemeindefusionen.

Chur. – Die SP Graubünden unterstützt die Pläne der Bündner Regierung, anstelle der jetzigen Kreise und Bezirke neu Regionen zu schaffen. Kritik äussert die SP allerdings vor allem am Reformtempo, was zukünftige Gemeindefusionen betrifft. Nötig sei eine Gesamtreform und nicht der von der Regierung vorgesehene langsame Fusionsprozess. Man wolle daher den Druck mit der laufenden Gebietsreform-Initiative aufrechterhalten. Was die Zahl der zukünftigen Regionen betrifft, hält sich die SP an den Vorschlag der grossrätlichen Kommission für Staatspolitik und Strategie, die acht bis elf Regionen fordert.

Die CVP Graubünden schliesst sich dem Vorschlag nach acht bis elf Regionen an. Von Druck auf die Gemeinden hält die CVP Graubünden indes wenig. Mittelfristig sollten 50 bis 100 Gemeinden angestrebt werden. Gemeindefusionen müssten aber weiterhin von unten initiiert und vom Kanton finanziell gefördert werden. Nicht infrage kommen für die CVP gemeindeübergreifende Fusionsabstimmungen. Das stelle einen Angriff auf die Gemeindeautonomie dar, wie die Christdemokraten schreiben.

FDP stellt sich hinter Regierung

Die FDP-Fraktion steht hinter dem Bericht zur Gemeinde- und Gebietsreform ihres Regierungsrates Martin Schmid. Die Reform sei das richtige Mittel, die staatlichen Strukturen in Graubünden zu vereinfachen. Es sei zudem vernünftig, so FDP-Präsident Michael Pfäffli, wenn die Zahl der Gemeinden längerfristig auf unter 50 reduziert werde.

Auch die BDP Graubünden unterstützt den Vorschlag der Kommission für Staatspolitik und Strategie, acht bis elf Regionen zu bilden. Der Kanton sei heute überstrukturiert, es bestehe Handlungsbedarf für Reformen, so die BDP. Bei Gemeindefusionen will man aber weiterhin auf Freiwilligkeit setzen. Wie hoch die Zahl der Gemeinden mittel- und langfristig sein müsse, sei aufgrund der vorliegenden Grundlagen aber noch nicht ersichtlich, schreibt die BDP.

Was für die SP zu langsam ist, geht der SVP Graubünden zu schnell. Mit der Reform werde «ein enormer Druck» auf die Gemeinden ausgeübt, so SVP-Präsident Jon Peider Lemm. Faktisch würden die Gemeinden durch finanzielle Anreize zu Fusionen gezwungen und könnten dadurch das Tempo der Reform nicht selbst bestimmen. (rf)



Heute wird der Grosse Rat...

- die Februarsession mit der Ansprache der Standespräsidentin Christina Bucher-Brini eröffnen;
- die erstmals anwesenden Stellvertreterinnen und Stellvertreter vereidigen;
- den Bericht über die Gemeinde- und Gebietsreform diskutieren;
- die Politische Petition der Kreise Trins und Rhäzüns zur Bildung einer Region Imboden entgegennehmen.

Die heutige Sitzung beginnt um 14 Uhr.

Streit um Regionen geht los

Der Grosse Rat befasst sich heute mit der Frage, ob in Graubünden zukünftig fünf, sechs, sieben, acht oder mehr Regionen bestehen sollen. Gänzlich zufrieden mit den Vorschlägen der Regierung scheint kaum jemand zu sein.

Von Reto Furter

Chur. – Die Regierung will die staatlichen Strukturen, wie sie in der Botschaft zur Gemeinde- und Gebietsreform schreibt, konsequent den aktuellen und zukünftigen Aufgaben anpassen. Dazu sollen insbesondere die Politischen Gemeinden durch – freiwillig initiierte – Fusionen gestärkt werden. Als langfristige Zielgrösse spricht die Regierung von weniger als 50 Gemeinden. Darüber diskutiert ab heute Nachmittag der Grosse Rat in seiner Februarsession.

Weiter sieht die Regierung vor, dass der Kanton in die drei Staatsebenen Kanton, Region und Gemeinden eingeteilt wird. Die jetzigen Kreise, Bezirke und zahlreiche Zweckverbände dürften dann verschwinden.

Die Reformvorschläge der Regierung werden grundsätzlich begrüsst, der Teufel steckt aber bekanntlich im Detail – auch hier. Zur Knacknuss werden dürfte die Zahl, die Lage und damit verbunden die zukünftigen Aufgaben der Regionen. Die Regierung schlägt dem Grossen Rat vier Varianten vor: eine mit fünf Regionen, eine mit sechs, eine mit sieben und eine mit acht (siehe Grafik).

Regionen wollen Extrabehandlung

Widerstand erwächst dem grossen Reformprojekt aus dem Departement des Regierungspräsidenten Martin Schmid unter anderem von den Kreisen Trins und Rhäzüns. In einer Petition fordern die politischen Verantwortlichen die Regierung auf, den jetzigen Bezirk Imboden zu einer zukünftigen, von der Regierung in ihrem

Bericht allerdings nicht vorgesehenen Region umzuformen.

Unzufrieden mit den Vorschlägen ist auch die aktuelle Region Mittelbünden, die später einer gleich lautenden, territorial aber grösseren Region zugeschlagen werden soll, die zusätzlich die heutige Region Viamala umfasst. Die politischen Vertreter Mittelbündens setzen sich deshalb dafür ein, dass die heutige Region Mittelbünden – sie entspricht territorial etwa dem Bezirk Albula – auch zukünftig eine eigene Region bildet. Der gleichen Meinung sind die Delegierten der Region Viamala: Sie lehnen ein Zusammengehen mit der Region Mittelbünden ab und sehen die Region Viamala als weitere zukünftige Region im Sinne der Regierung.

Spaltung in Nordbünden integriert

Etwas klarer ist die Situation im heutigen Regionalverband Nordbünden. Dort wird ernsthaft über eine Abspaltung der Kreise Fünf Dörfer und Herrschaft und über die Gründung einer eigenen Region diskutiert. Die Regierung hat diese mögliche Regionenspaltung in zwei ihrer vier Varianten bereits vorgesehen.

Nicht gelöst ist aber die Problematik um Italienischbünden, das eine eigene Region für sich reklamiert (Ausgabe vom Samstag). Die Regierung will die italienischsprachigen Talschaften Graubündens entweder nicht vereinen – oder dann mit dem gesamten Engadin und dem Münsterthal zu einer Grossregion zusammenlegen.

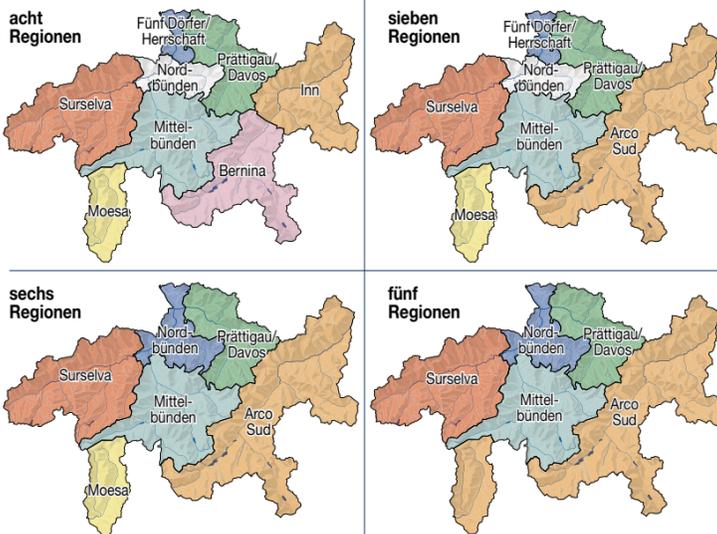
Weiterhin pendent – und nicht Thema der Grossratsdebatte – ist die Gebietsreform-Initiative von SP und den Bündner Wirtschaftsverbänden. Sie verfolgt ähnliche Ziele, legt aber mehr Wert auf Gemeindefusionen. Ebenfalls soll die Strukturreform losgelöst von der Frage diskutiert werden, wie zukünftig der Grosse Rat gewählt wird. Die SVP-Initiative zur Proporzwahl wird im Rahmen der Februarsession wohl für ungültig erklärt werden.



Diskussionen über die Zukunft: Die Bündner Grossräte haben es in der Hand, die staatlichen Strukturen von morgen zu bestimmen. Bild Marco Hartmann

FÜNF BIS ACHT REGIONEN FÜR GRAUBÜNDEN

Die Regierung schlägt vier Varianten zum künftigen Aussehen des Kantons vor.



Quelle: Bündner Regierung, Grafik: DIE SÜDOSTSCHWEIZ

Die Forscher denken, die Politiker lenken

Braucht Graubünden weniger Gemeinden – oder mehr Dezentralisierung? Historiker und Staatsrechtler sind sich wenig einig, wie die Geschichte interpretiert werden soll und in welche Richtung die Entwicklung gehen könnte.

Von Reto Furter

Chur. – Ab heute diskutiert der Grosse Rat über die neuen Strukturen, mit denen man den Kanton Graubünden inskünftig versehen will: weniger Gemeinden und weniger staatliche Institutionen. Parallel dazu – äusserst passend und alles andere als zufällig – erscheint heute auch ein politisches Grundlagenwerk über die «Bündner Politik und Gebietsstruktur», wie es im Untertitel des Buches «Gemeinden und Verfassung» heisst.

Wissenschaft mischt sich ein

Nach dem Beiheft zum «Bündner Jahrbuch 2011» mischt sich damit die Wissenschaft bereits zum zweitenmal in die aktuelle Diskussion ein und versucht, die anstehenden Reformprojekte aus einer anderen Optik zu beleuchten (Ausgabe vom 7. November). Wer im Buch nach politischen Patentrezepten zur Zukunftsbewältigung sucht, wird allerdings ent-



Historiker und Staatsrechtler: Für die politischen Strukturen interessiert sich auch die Forschung. Bild Theo Gstöhl

täuscht: Das ist und bleibt Sache der Politiker.

Die Urteile über das gegenwärtige Gemeinwesen könnten «diametral auseinandergehen», schreiben die Herausgeber im Vorwort. Die Autorinnen und Autoren des Buches nehmen diese Mehrdeutigkeit auf. Man kann in Sachen Gemeinde- und Gebietsreform wohl guten Rechts das eine behaupten – oder das Gegenteil davon.

Der Bündner Adel verlor seit dem ausgehenden Mittelalter zunehmend seine Autonomie, an seine Stelle traten die «Gerichtsgemeinden» und die «Nachbarschaften», mehr oder weniger die heutigen Gemeinden. Betroffenen von dieser Dezentralisierung waren auch die Gerichte, die dem herrschaftlichen Einfluss entzogen wurden, wie Jon Mathieu und Peter Blickle schreiben. Ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse werden von Immacolata Saulle Hippenmeyer, Prisca Roth, Florian Hitz und Adrian Collenberg in Detailstudien untermauert. Doch bestimmt die Vergangenheit den Kurs der Zukunft mit?

Zurück zu 50 Gemeinden?

Der jahrhundertealte Trend zum Kleinen wird heute nämlich in Frage gestellt – unter anderem von der Bündner Regierung, die in ihren Reformvorschlägen das Ruder umlegen will. Staatsrechtler und Grossrat Christian Rathgeb schreibt in seinem Beitrag gar von einer «Entgleisung» des Gemeinderechts, das im 19. Jahrhundert nicht zu starken Talschaftsgemeinden, sondern zu langfristig kaum überlebenden Gemeinden geführt habe. Entsprechend werde man wohl zu jenen Gemeindestrukturen zurückkommen, die bis 1851 bestanden: zu den rund 50 Gerichtsgemeinden anstelle der 178 Bündner Gemeinden.

Rathgeb gibt damit bewusst oder unbewusst jenen Kreisen recht, die von der Geschichte eine Wiederholung fordern – oder doch zumindest ein Rückbesinnen auf einen idealen Urzustand, ohne dass er ihn freilich auch so nennen würde.

Flickenteppich oder Zukunftslösung

Ist damit der Trend hin zu weniger Gemeinden – und damit auch hin zu weniger Dezentralität – der Weg der Zukunft? In ihrem Bericht zur Gemeinde- und Gebietsreform geht die Bündner Regierung langfristig von weniger als 50 Gemeinden aus; Simon Theus beschreibt diesen Prozess in seinem Beitrag.

Oder ist die Bündner Dezentralisierung, die seit immerhin über 500 Jahren anhält, vielleicht doch noch nicht am Ende? Diese Möglichkeit spricht Frank Schuler an, wenn er in seinem Fazit festhält, man könne den heutigen Zustand Graubündens durchaus «als Flickenteppich» betrachten – oder als «massgeschneiderte Lösung für eine effiziente Aufgabenerfüllung». Der Ball liegt ab heute beim Grossen Rat.

Florian Hitz, Christian Rathgeb, Marius Risi (Herausgeber): «Gemeinden und Verfassung. Bündner Politik und Gebietsstruktur gestern, heute, morgen». Südostschweiz Buchverlag. 176 Seiten. 34 Franken.